

URL: http://www.welt.de/welt_print/article2515879/Das-Schlimmste-ist-vorueber.html

Gastkommentar: Warum die SPD vor einem Comeback steht

Das Schlimmste ist vorüber

Von Daniel Dettling 1. Oktober 2008, 02:52 Uhr

Mit den Wahlen in Bayern hat die Union auf Bundesebene ihre Mehrheit verloren. Auch wenn die SPD hiervon nicht unmittelbar profitieren konnte, sprechen fünf Gründe und Trends für eine Wiederauferstehung der Sozialdemokraten im kommenden Jahr:

Erstens. Die SPD hat das Schlimmste hinter sich. Der Verlust von Hunderttausenden Mitgliedern und Wählern und die "Ausgründung" der neuen Linkspartei hat die Partei seit der Agenda 2010 unentwegt paralyisiert. Programm, Personal und Partei passten jahrelang nicht zusammen. Mit dem neuen Duo aus Vizekanzler Steinmeier und dem alt-neuen Parteivorsitzenden Müntefering besteht wieder die Chance auf Besserung.

Zweitens. Die Union hat seit 2005 nicht an Stimmen zulegen können, sondern hat, absolut betrachtet, sogar massiv verloren. Trotz der jahrelangen Selbstbeschäftigung der SPD kommt die Union bei Umfragen nur auf 36 Prozent, gerade einen Prozentpunkt mehr als 2005. Die Union konnte bislang zu wenig vom Elend der SPD profitieren, trotz Kanzlerbonus und neuer Linkspartei.

Drittens. Die Linkspartei hat an Schrecken bei den Bürgern verloren. Gysi und Lafontaine werden selbst von Unionswählern eher als Showtalente denn als politische Gefahr wahrgenommen. Eine "Rote-Socken-Kampagne light" wird der Linken mehr nützen als Stammwähler der Union mobilisieren.

Viertens. Im Wahljahr wird es um die Kanzlerin einsam. Die Union hat kein Spitzenpersonal, das Wähler anzieht. Der Wahlkampf droht zur "One-Woman-Show" zu werden. Die Alphamänner sind in der Versenkung verschwunden oder haben sich selbst entmannt. Merkel spielt alle Rollen lieber selbst - aus Mangel an Mitspielern.

Fünftens. Vielleicht der wichtigste Trend: Der Staat ist wieder zurück. Jahrelang galt volksparteiübergreifend die Maxime "Weniger Staat führt zu mehr Gerechtigkeit". Seitdem die Angst vor dem Absturz auch die Mittelschicht erreicht hat und die gefühlte Unsicherheit zunimmt, sind Reformprogramme wie die Agenda 2010 oder das Leipziger Programm der CDU nicht mehr hinreichend. Das Ansehen der sozialen Marktwirtschaft ist auf einem historischen Tief. Die SPD wird es 2009 mit dem Thema "Mindestlohn für alle" versuchen. Die Union hat noch keine Antwort gefunden. Die Partei der sozialen Marktwirtschaft wird weiter nach links verlieren.

Der Autor, Jahrgang 1971, Jurist, Politik- und Verwaltungswissenschaftler, ist Gründer und Leiter der Denkfabrik Berlinpolis, einer unabhängigen und überparteilichen Organisation. (www.berlinpolis.de)
